

Simburger Anzeiger

Zugleich amtliches Preisblatt für den Kreis Simburg und für die in der neutralen Zone liegenden, von ihren Kreishauptstädten abgeschnittenen Ortschaften der Kreise Unterlahn, Untertannus, Rheingau und St. Goarshausen.

Erscheinungsweise: täglich (nur werktags).
Bezugspreis: vierteljährlich 4.95 Mk. ohne Postbefreiung.
Telefon Nr. 82. — Postfachkonto 24915 Frankfurt a. M.

(Simburger Zeitung) Begr. 1838 (Simburger Tageblatt)
Verantwortlicher Redakteur Hans Antkes,
Druck und Verlag der Firma Schindler Verlag und Buchdruckerei
in Simburg a. L. Rahn.

Anzeigenpreis: die 6-spaltige 3-Millimeterzeile oder deren
Raum 40 Hg. Die 91 mm breite Reklamezeile 1.20 Mk.
Anzeigenannahme bis 4 Uhr nachmittags des Vortages.

Nummer 42

Simburg, Montag den 23. Februar 1920

83. Jahrgang

Der Reichskanzler über Kohlenproduktion und Wirtschaftslage.

Berlin, 20. Febr. (WTB.) Der Reichskanzler hat im Anschluß an das zwischen den Arbeiterorganisationen und dem Zechenverband zustandgekommene Abkommen über die Steigerung der Kohlenproduktion einem Mitarbeiter der Deutschen Allgemeinen Zeitung nachstehende Unterredung gewährt:

Der große Kohlenmangel, unter dem wir zu leiden haben, zwingt uns, unter allen Umständen für eine Steigerung der Förderung zu sorgen. Die Verlängerung der Arbeitszeit auf sechs Stunden wird dadurch vorerst unmöglich. An und für sich kann gesagt werden, daß die Förderung des Sechsstundentages nicht der Berechtigung entbehrt, unter den gegenwärtigen Verhältnissen und im besonderen bei der jetzigen Kollage läßt sich diese Förderung nicht durchsetzen. Uebrigens könnte dieses schwerwiegende Problem nur durch internationale Regelung gelöst werden. Auf diesem Standpunkt haben sich ja auch die Bergarbeiter in ihrer großen Mehrheit gestellt, mit Ausnahme aller jener Kreise, die durch die linksradikale Agitation irre geleitet worden sind. Wenn nun die Bergarbeiter nicht nur von der Förderung des Sechsstundentages abgesehen haben, sondern über die jetzige Arbeitszeit hinaus noch Ueberstunden zu fahren gewillt sind, so ist das — ich will das ehrlich, offen und dankbar aussprechen — ein Zeichen dafür, daß die Bergarbeiterschaft einsichtig genug ist, unsere Notlage zu übersehen und die Forderungen daraus zu ziehen, die gezogen werden müssen. Wenn von Seiten der Arbeitnehmer vorgeschlagen worden ist, die Kohlenförderung durch Einstellung neuer Arbeitskräfte zu heben, so läßt sich dieser Vorschlag schon im Hinblick auf den Mangel an geeigneten Wohnungen sowie wegen der technischen Schwierigkeiten nicht so schnell verwirklichen. Indessen verfolgt die Reichsregierung diesen Plan und der Neubau der Arbeiterwohnungen ist im umfangreichen Maße vorgesehen. Wir hoffen in absehbarer Zeit im Ruhrrevier etwa 150 000 Mann unterbringen zu können. Mit dem Neubau der Wohnungen soll schon im Frühjahr d. Z. begonnen werden, aber es wird vielleicht Jahre dauern, bis eine auskömmliche Mehrzweckung von Arbeitskräften ohne Schwierigkeit verwirklicht werden kann. Die Kohlenfrage aber ist von größter Dringlichkeit. Wir müssen schnell handeln, wenn wir aus den jetzigen Schwierigkeiten überhaupt heraus wollen. Zur Beseitigung der Krisis gibt es daher nur ein Mittel und das ist nicht Schichtverlängerung, sondern Erhöhung der Arbeitszeit.

Der Kampf um die Lösung des Problems war teilweise sehr erregt. Es ist nicht zuletzt der Haltung des Reichsfinanzministers Severing und der Einsicht der Gewerkschaftsführer zu danken, wenn das schwere Werk der Einigung dennoch gelang. Die Vertrauensleute der Arbeitnehmer wiesen mit Recht auf die mannigfachen und schweren Bedenken einer verlängerten Arbeitszeit hin. Ihre Entschlossenheit, der Not des gesamten Volkes abzuwehren, bezeugte alle naheliegenden Einwände. Nur über die Art und Weise der Mehrleistung bestanden noch abweichende Auffassungen. Die Zechenbesitzer hatten vorgeschlagen, die Arbeitszeit von 7 auf 8½ Stunden täglich zu erhöhen. Hiergegen erhoben sich jedoch in den Kreisen der Bergarbeiter gewichtige Sorgen, und so kam man schließlich zu der Einigung, daß wöchentlich zwei halbe Ueberstunden gefahren werden sollen. Das geschieht in der Weise, daß im Anschluß an die Siebenstundenschicht 3½ Stunden Ueberarbeit gefahren werden, jedoch in den Tagen der Ueberarbeit insgesamt 10½ Stunden gearbeitet werden. Es ist ein einfaches Rechenexempel, daß durch diese Form der Ueberarbeit in Zukunft in der Woche ein Sechstel mehr gearbeitet wird, als bisher. Um sich zu vergegenwärtigen, was das heißt, muß man auf die Förderzahlen der letzten Monate des Jahres 1919 zurückgreifen. Im Durchschnitt werden sechs bis sieben Millionen Tonnen monatlich im Ruhrrevier gefördert. Die jetzige Schichtverlängerung bringt also eine Steigerung der Leistung um etwa eine Million Tonnen im Monat, das heißt 12 Millionen Tonnen im Jahre. Das ist gewiß eine erhebliche Summe, aber sie ist noch nicht groß genug, um die Schwierigkeiten der Kohlenlage zu beseitigen. Eine Ausdehnung der Vereinbarung auf Ober- und Braunkohlengruben muß angestrebt werden. Nach den bisherigen Meldungen ist darauf zu hoffen, daß auch für diese Gebiete ein ähnliches Abkommen getroffen wird. Die Entschädigung, die für die Ueberarbeit geleistet wird, mußte natürlich hoch sein. Sie mußte für die Bergarbeiter einen härteren Anreiz bilden. Es wird ein Lohnzuschlag von 100 Prozent für Arbeit unter Tage und ein Lohnzuschlag von 50 Prozent über Tage gewährt. Geld allein macht aber auch die Bergarbeiter nicht glücklich. Sie müssen Gelegenheit haben, sich für dieses Geld Lebensmittel zu kaufen. Wenn deshalb für die schwer arbeitenden Bergarbeiter Sonderzuweisungen an Brot und Fett bewilligt worden sind, so dürfte das von der übrigen Bevölkerung durchaus verstanden und gebilligt werden. In seinen praktischen Folgen wird das getroffene Abkommen sowohl innenpolitisch wie außenpolitisch bald dem gesamten Volke sich äußern: Wohlstand erweisen. Dies gilt zunächst für die Versorgung der Eisenbahn mit Betriebsstoffen, wodurch auch der Abtransport von Lebensmitteln eine Steigerung erfahren wird. Aber auch die Lebensmittel selbst werden sehr durch eine stärkere Kohlenförderung vermehrt werden können, indem wenigstens ein Teil dieser Kohlen nach dem Ausland gehen und uns demgegenüber von den besonders während der nächsten Monate dringend notwendigen Lebensmittelleistungen verschaffen wird. Die Landwirtschaft und Industrie gleichmäßig an der gesteigerten Kohlenproduktion teilhaben sollen, versteht sich von selbst. Die Landwirtschaft im besonderen wird dadurch in die Lage kommen, ihre Maschinen besser auszunutzen, um so der gegenwärtigen Ablieferungsnot abzuwehren und dann auch der Frühjahrsbestellung die dringend erforderliche Förderung zuteil werden zu lassen. Schließlich, aber nicht zuletzt muß auch

darauf hingewiesen werden, daß jede Steigerung der Kohlenförderung dazu dient, unsere auf dem Friedensvertrag beruhenden Lieferungsverpflichtungen möglichst zu erfüllen. Die Entente wird auch aus diesem Abkommen aber eine Vermehrung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau erwarten können, wie ernst es uns ist mit der Erfüllung der übernommenen Pflichten. Mehr aber noch dürfte nicht nur der Entente, sondern der ganzen kultivierten Welt aus der Entschlossenheit der deutschen Bergarbeiter, die Arbeitsleistung zu steigern und die Arbeitszeit zu verlängern, die Ueberzeugung sinnfällig werden, daß Deutschlands moralische, wirtschaftliche und politische Wiedergeburt voranschreitet.

Die Kohlenförderung in Frankreich und die deutschen Lieferungen

Paris, 19. Febr. (WTB.) In Beantwortung von Interpellationen über die Kohlenförderung erklärte der Minister für öffentliche Arbeiten, daß die Kohlenproduktion im Verhältnis von 7:5 abgenommen habe. Die Regierung werde alles tun, um die verfügbaren Arbeitskräfte im Bergbau zu konzentrieren. Es würden auch Italiener herangezogen werden aufgrund eines Abkommens, nach welchem die Hälfte der Ueberproduktion Italiens zugute kommen werde. Hinsichtlich der deutschen Kohlenlieferungen erklärte der Minister, daß die französische Regierung unerbittlich auf der Erfüllung der im Vertrag vorgesehenen Lieferung bestanden werde.

Paris, 19. Febr. (WTB.) In der gestrigen Kammer-Sitzung erklärte der Minister für öffentliche Arbeiten über die Kohlenfrage noch, Deutschland habe im Januar nur 497 000 Tonnen geliefert, im Februar durchschnittlich nur 23 000 Tonnen je Tag. Deutschland respektiere die Verpflichtungen nicht, die es eingegangen sei. Es schulde Frankreich monatlich 1 839 000 Tonnen. Er erklärte, daß er mit dem Ministerpräsidenten einig sei, daß man in dieser Frage Deutschland nicht nachgeben werde. Der Antrag eines Sozialisten, eine Enquete-Kommission über die Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter einzusetzen, wurde mit 442 gegen 137 Stimmen abgelehnt und schließlich eine Tagesordnung, die Kenntnis von den Erklärungen der Regierung nimmt, die aber gleichzeitig verlangt, daß Deutschland seine Verpflichtungen hinsichtlich der Kohlenlieferungen restlos erfüllt, angenommen.

Ein Abgeordneter vermisst.

Berlin, 20. Febr. (WTB.) Das sozialdemokratische Mitglied der preussischen Landessammlungen, Töpfer Josef Kneifel aus Reiffe, 36 Jahre alt, wird seit einiger Zeit vermisst. Nachrichten über den Aufenthalt oder Verbleib werden an das Büro der Landesversammlung, Prinz Albrechtstraße 5, erbeten.

Ankauf süddeutscher Posten durch das Reich?

Berlin, 20. Febr. (WTB.) Die „Tägl. Rundsch.“ will von ihrem Mündener Berichtshalter erfahren haben, daß die bayerische Post für 260 Millionen Mark und die württembergische Post für 250 Millionen Mark an das Reich übergeht. In der Frage der finanziellen Entschädigung für die Eisenbahnen konnte bis jetzt noch keine Einigung erzielt werden. Nach dem „Berliner Volksanzeiger“ soll der Kaufpreis für die bayerische Post 620 Millionen Mark betragen.

Pläne des Landwirtschaftsministers.

Berlin, 19. Febr. Landwirtschaftsminister Braun äußerte sich einem Mitarbeiter des Berliner Tageblatts gegenüber folgendermaßen: „In Pommern beurteile ich die Lage sehr ernst infolge der zahlreichen Kündigungen, der Verdrängung der Landarbeiterschaft, des Scheiterns der Tarifverhandlungen und der Besehung von Gütern mit bewaffneten Volkstruppen. Für die kommende Herbst- und Ernteperiode befürchte ich schlimmere Störungen als im Vorjahre, wenn nicht eine angemessene tarifvertragliche Vereinbarung zustande kommt. Im allgemeinen ist zwar die notwendige Ernährung des Landarbeiters durch den Naturallohn gesichert. Sein Barlohn reicht aber nicht aus. Andererseits muß der Landwirt für alle Bedarfsmittel und die wichtigsten Betriebsmittel sprunghaft steigende Preise zahlen, während seine Produkte im Preise gebunden sind. Für die Hebung der Produktion ist die Bereitstellung aller erforderlichen Betriebsmittel und Materialien unerlässliche Vorbedingung. Die Rohstoffversorgung der Landwirtschaft und der für sie arbeitenden Industrie konnte ich in letzter Zeit mit Erfolg steigern. Die Arbeiterfrage muß durch kollektive Arbeitsverträge gelöst werden. Frei gewordene Arbeitskräfte sind auf das Land umzuwandeln unter Individualisierung des Arbeitsnachweises. Landbesiedelungsverbände sind in Preußen in der Bildung begriffen. Die neu geschaffenen Landeskulturbehörden sind in reger Tätigkeit. Unser landwirtschaftliches Forschungs- und Unterrichtsweisen muß ausgebaut werden.“

Die Papiernot des deutschen Zeitungsgewerbes.

Die bedrohliche Lage der Presse infolge der fortgesetzten steigenden Papierpreise war Gegenstand eingehender Verhandlungen des Reichswirtschaftsministeriums und der Vertreter der Länder mit den Druckpapierfabrikanten und Zeitungsverlegern. Es bestand Einmütigkeit darüber, daß durch Eingreifen des Reiches in Gemeinschaft mit den Landesregierungen alsbald der Versuch gemacht werden müsse, die der Presse durch die ungeheuren Papierpreissteigerungen drohende Katastrophe nach Möglichkeit zu verhindern. Dementsprechend wird das Reichswirtschaftsministerium unverzüglich mit den Regierungen der Länder mit Vorschlägen wegen Vereinfachung des notwendigen Papierbedarfes zu ermäßigten Preisen in Verbindung treten. Die Länder haben zum Teil bereits ihr grundsätzliches Einverständnis zu einer solchen Maßnahme erklärt. Wegen Beteiligung des Reiches durch Gewährung von Barzuschüssen sind Erwägungen eingeleitet.

Der Schiffsverkauf

London, 19. Febr. (WTB.) Das Reutersche Büro meldet aus Washington: Payne teilte im Ausnahmefall des Schiffsverkehrs mit, daß bereits 188 Schiffe verkauft seien, wovon 18 ehemalige deutsche Frachtdampfer waren. Der Preis betrage 93 545 000 Dollars. Die Schiffe sind sämtlich zu Fahrten unter amerikanischer Flagge bestimmt. Man glaubt, daß die Käufer nicht imstande seien, die Schiffe ohne Erlaubnis des Schiffsamtes an die Engländer zu verkaufen.

New York, 19. Febr. (WTB.) Bei der Wiederaufnahme der Versteigerung der deutschen Handelschiffe erhielt das Schiffsamt nur ein Angebot für ein Schiff. Der Verkauf wurde darauf geschloffen. Die Schiffe wie „Leviathan“, „Vaterland“, „Agamemnon“ und „George Washington“ erhielten kein einziges Gebot.

Das demokratische Programm.

Die Demokratische Partei-Korrespondenz veröffentlicht das endgültige Programm der Deutschen Demokratischen Partei. Es wurde in einer gemeinsamen Sitzung des Parteivorstandes und des Vorstandes der Reichstagsfraktion am 12. Februar beschlossen, nachdem der Leipziger Parteitag am 15. Dezember dieser Körperschaft den Auftrag erteilt hatte, den Programmtext einer letzten Revision zu unterziehen. Die endgültige Fassung ist wesentlich gedrungener und wirksamer als der Entwurf. In der Einleitung wird dem Vertrauen Ausdruck gegeben, daß wir, „durch eigene Kraft uns aus den Niederungen der Gegenwart wieder erheben werden.“ Zur inneren Politik wird u. a. gesagt: „Die deutsche Republik muß ein Volkstaat sein, und unerschütterlich zugleich ein Rechtsstaat. Wir erstreben die Einheit des Reiches, aber unter Berücksichtigung und Erhaltung der Eigenart der deutschen Stämme.“ Als Ausgangspunkt und Inhalt der äußeren Politik wird die Revision der Friedensverträge von Versailles und St. Germain bezeichnet. Das Kulturprogramm zerfällt in die Abschnitte: Schule, Unterricht und Erziehung, Wissenschaft, Kunst und Literatur, Weltanschauung, Religion und Kirche. „In der Erschaffung einer geistigen Welt erblicken wir Demokraten den höchsten Sinn des Lebens.“ Der dritte Abschnitt behandelt die Frage der Volkswirtschaft, entsprechend den Grundsätzen der persönlichen Freiheit, der sozialen Gerechtigkeit und der menschlichen Würde.

Roske über die Reichswehr.

Bremen, 18. Febr. In einer vom hiesigen sozialdemokratischen Verein veranstalteten Versammlung sagte Reichswehrminister Roske u. a.: „Die Einwohnerwehren wurden wohl aufgegeben werden müssen. Die Entente wird sie nicht dulden. Ueber den Aufbau des neuen Heeres sagte er: Es geht nicht an, daß Sie diesen 100 000 geworbenen Leuten, die die einzigen sein werden, die im Lande Waffen tragen, das Recht einer Gewerkschaft geben. Jeder Soldat soll sich unter ganz bestimmten Voraussetzungen verpflichten. Er wird auf gewisse Rechte verzichten müssen. Koalitionsfreiheit per bewaffneten Macht bedeutet, daß das ganze deutsche Reich sich den 100 000 Bewaffneten überliefert, und das geht nicht an. Auf Anfrage wegen der Auflösung des Heeres der baltischen Truppen machte Roske die Zusage, daß diese Truppenteile, die sich in Nordwestdeutschland in der letzten Zeit in verschiedenen Orten unliebsam bemerkbar gemacht hätten, fortkommen sollen.“

Kein Klassenprivileg für den Offiziersstand.

Berlin, 20. Febr. (WTB.) Laut „Vorwärts“ erklärte Roske in einer Hamburger Versammlung von Funktionären von Betriebsräten, der sozialdemokratischen Partei, er werde am 1. April zum ersten Male 15 000 bis 16 000 neue junge Leute in die Reichswehr einstellen. Da sollten die Parteigenossen dafür sorgen, daß nicht nur wieder Söhne von Gutsbesitzern und Kapitalisten kämen, sondern sie sollten auch ihre Söhne hinschicken. Das Privileg der bestehenden Klasse auf die Offiziersposten werde er austrotten.

Der Fortbestand der Einwohnerwehren gefährdet?

Berlin, 20. Febr. (WTB.) Gegenüber verschiedenen Äußerungen des Reichswehrministers in Bremen und Hamburg, über angebliche Auflösung der Einwohnerwehren zum 1.4.1920, die in entstellter Form in die Presse gelangt sind, stellt die Reichszentrale für Einwohnerwehren nach Anfrage beim Reichswehrminister fest, daß Äußerungen in dieser Form nicht gefallen sind. Der Reichswehrminister habe lediglich im Hinblick auf die Ententeorderung nach Auflösung der Verbände der Befähigung Ausdruck gegeben, daß bei den bevorstehenden Verhandlungen von Seiten der Entente die Existenz der Einwohnerwehren ernst bedroht würde. Die Leitung der Einwohnerwehrenorganisation sei sich der Schwierigkeiten dieser Verhandlungen wohl bewußt, hoffe aber bestimmt, die Einwohnerwehren zu retten.

Wahlen in der Studentenschaft

Berlin, 19. Febr. (WTB.) Die Wahlen zum Studentenparlament ergaben an der Berliner Universität eine gewaltige Mehrheit für die nationale Studentenschaft.

Propagandapläne des Hessischen Volksbundes

Kassel, 19. Febr. (WTB.) Der am 14. und 15. Februar in Kassel tagende Hessische Volksbund hat ein politisches Programm aufgestellt, nach dem in Zukunft in verstärkter Weise dahin gewirkt werden soll, den hessischen Boden für die Schicksalsfrage vorzubereiten, in der durch Volksabstimmung gemäß der deutschen Verfassung darüber entschieden werden soll, ob das zur Zeit noch zu Preußen gehörige hessen-naussaische Gebiet noch zu Preußen gehören soll oder sich dem Freistaat anschließen werde.

Der Prozeß Erzberger-Helfferich.

Brüssel, 20. Febr. (W.B.) Bei Beginn des Prozesses Erzberger gab der Vorsitzende eine Erklärung ab, worin für die Öffentlichkeit nochmals klargestellt wird, worum es sich eigentlich handelt. Daraus, daß der Angeklagte den Wahrheitsbeweis antrat, lehnte sich das Verfahren äußerlich um, so daß es den Anschein habe, als wenn der Reichsfinanzminister der Angeklagte sei. Das sei bedingt durch die Straßpolizeiordnung. Er, der Vorsitzende, ließ den Wahrheitsbeweis in sehr weitem Umfange zu, damit jeder denkende Mensch sehen könne, daß das Gericht alles tat, um die volle Wahrheit zu ermitteln. Darauf stellte Rechtsanwalt Alsberg eine große Reihe von Beweisunterlagen, die sich auf den Vorwurf der Unwahrhaftigkeit des Nebenklägers beziehen und zeigen sollen, daß der Nebenkläger auch in dieser Verhandlung selbst unter Eid es mit der Wahrheit nicht genau genommen habe, und zwar in Dingen, worin es ausgeschlossen erscheinen müsse, daß der Nebenkläger lediglich aus Vergeßlichkeit unrichtige Angaben machte. U. a. stellte Erzberger in den Fällen Richter, Berger, Wolff usw. die Sache anders dar, als nachher die Beweisaufnahme ergab. Allerdings kannte er damals nicht das Beweismaterial, das der Angeklagte vorbringen würde. Auch verschwieg Erzberger, daß er als Reichsfinanzminister der Firma Wolff 40 Millionen Mark aus Reichsmitteln zu einem ungewöhnlich niedrigen Zinssatz zur Verfügung stellte. Rechtsanwalt Alsberg beantragte, eine Reihe neuer Zeugen zu laden, u. a. Bethmann-Hollweg.

Abgeordneter von Reichshofen kann über die Beteiligung Erzbergers an der Anhydrid-Gesellschaft nichts behaupten. Der Zeuge besitzt auch Anhydrid-Aktien und ist Aufsichtsrat der Kriegswollbedarf-Gesellschaft. Kommerzienrat Reckberg, Aufsichtsratsvorsitzender der Anhydrid-Gesellschaft, erklärt, Erzberger an der Gesellschaft beteiligt zu haben, weil ihm daran lag, einen einflussreichen Mann, der auch internationale Beziehungen hatte, dafür zu gewinnen. Er hielt die Beteiligung für unbedenklich, weil das privatwirtschaftliche Interesse mit dem Interesse der Heresverwaltung identisch war. Erzberger besitzt 111 Aktien, die er zu parä erwarb. Im übrigen wurde er genau so behandelt wie alle anderen Aktionäre. Auf Vorschlag Reckbergs wurden Erzberger und Freiherr von Reichshofen Aufsichtsratsmitglieder der Kriegswollwerke. Der Direktor der Anhydrid-Gesellschaft, Seelig, erklärt, daß Erzberger die Geschäftsführung durch Ratsschlüsse unterstützte und auch bei den Behörden dafür tätig war. Wegen des Verkaufs des fraglichen Patents nach Skandinavien wandte sich die Gesellschaft an den Rat Erzbergers an das Reichsamt des Innern und erhielt von dort die Erlaubnis. Unterzeichnet war dieser Bescheid von Ministerialdirektor Jonquieres. Auf seiner Dividende erhielt Erzberger keine besonderen Vergütungen. Auf die Frage Helfferichs erklärte Erzberger, daß er die Aktien, die ein Ergebnis von 20,5 Prozent hatten, in der Steuererklärung zum Kurs von 115 vom Hundert angab.

Der Wiedervereinigungstag in Schleswig.

Kopenhagen, 20. Febr. (W.B.) Nach Zeitungsmeldungen hat die interalliierte Kommission in Nord-Schleswig der dänischen Regierung mitgeteilt, daß der Wiedervereinigungstag wahrscheinlich in die Mitte des Monats April fallen werde. Auf jeden Fall hoffe die Kommission, zu diesem Zeitpunkt ihre Tätigkeit abschließen zu können.

Ein Zwischenfall in Flensburg.

Der „Berliner Volksanzeiger“ meldet aus Flensburg: Vor dem Hause des dänisch gesinnten Polizeimeisters Seerensen sammelte sich gestern Abend eine große Menschenmenge an, die dort das Schleswig-Holstein-Lied und Deutschland, Deutschland über alles sang. Darauf schloß der Polizeimeister aus seiner im zweiten Stock gelegenen Wohnung drei Schüsse aus seinem Revolver, ohne glücklicherweise jemanden zu treffen.

Frankreichs Absichten auf den Rhein.

Rotterdam, 20. Febr. (W.B.) Der Nieuwe Rotterdamse Courant stellt fest, daß Frankreichs Absichten auf den Rhein immer deutlicher werden. Diese Tatsache sei für ganz Europa, besonders aber für die Rheinstaaten, wie z. B. Holland, von äußerster Wichtigkeit.

Der Prozeß Caillaux.

Genf, 19. Febr. In dem Prozeß Caillaux hat die Anklage seit dem Waffenstillstand einige neue Momente aufgebracht, die von den deutschen Behörden bei der Räumung Brüssels und Straßburgs im Stich gelassen worden sein sollen. Sie hat außerdem einen neuen Kronzeugen gefunden in der Person des ehemaligen Reichstagsabgeordneten

Abbe Delfor, der gegenwärtig Mitglied des französischen Senats ist. Delfor hat vor dem Untersuchungsrichter ausgesagt, daß in einer Sitzung der großen Kommission des Reichstags im Jahre 1915 der Vertreter der Reichsregierung folgende Äußerungen getan habe: „Bis zum Herbst wird es in Frankreich zu einem Regierungswechsel kommen. Caillaux wird ans Ruder gelangen, und es wird zum Frieden kommen. Caillaux ist unser Mann.“ Der Abbe Delfor erinnert sich, wie das Echo de Paris“ zugibt, nicht mehr, ob Bethmann-Hollweg selbst oder v. Jagow diese Äußerung getan habe, aber er versichert bestimmt, daß sie gefallen sei.

Archangelst von den Bolschewiken geräumt.

Amsterdam, 20. Febr. (W.B.) Dem Reutersbüro zufolge besagt eine drasilose Meldung aus Moskau, Archangelst sei von den Bolschewiken genommen. Die weißen Truppen hätten die Stadt aufgegeben und seien auf die Seite der Sowjetregierung getreten.

Oesterreich hält am Besitz Westungarns fest.

Wien, 19. Febr. (W.B.) In der Nationalversammlung stellte Staatskanzler Renner auf eine Anfrage fest, daß die Staatsregierung bezüglich Westungarns auf der Grundlage des St. Germainer Friedens verharre. Es sei ausgeschlossen, auf die Durchführung des Friedensvertrages hinsichtlich Westungarns zu verzichten.

Und Nicht mit der Diplomatie!

Rotterdam, 20. Febr. (W.B.) Laut Nieuwe Rotterdamse Courant hat eine in London abgehaltene Konferenz von Vertretern der Londoner und der Provinzpresse einen Beschluß angenommen, in dem auf die dringende Notwendigkeit größerer Öffentlichkeit bei der Tätigkeit der Friedenskonferenz hingewiesen wird.

Der Krieg gegen die rote Armee.

London, 19. Febr. (W.B.) Reuters. Das Kriegsamt teilt mit: Die Bolschewiken saßen auf dem Südufer des Manitsch-Flusses. Aber weiter nordwestlich der Uferungsstelle sagten die Donkosaken ihnen eine sehr verlustreiche Niederlage zu und trieben sie über den Don zurück. Der ganze Winkel zwischen dem Don und dem Manitsch ist jetzt von den Roten gesäubert.

Das Schicksal der europäischen Türkei.

Paris, 19. Febr. (W.B.) Nach einer Londoner Meldung des „Pelt Parisien“ scheint England jetzt wiederum gewisse Vorbehalte hinsichtlich der Aufrechterhaltung der türkischen Herrschaft in Konstantinopel zu machen. Die mehr oder weniger bestätigte Nachricht von der Niedermetzelung von 7000 Armeniern in Cilicien diene als Vorwand, um der osmanischen Regierung zu notifizieren, daß solche Ereignisse nicht in Einklang gebracht werden könnten mit der ferneren Erhaltung der türkischen Regierung in Konstantinopel.

Amerikas Absonderung.

Paris, 20. Febr. (W.B.) Der Korrespondent des „Echo de Paris“ in Washington meldet, Senator Lodge habe erklärt, wenn Wilson fest bleibe, würden Frankreich, England und Italien in der Abfrage nachgegeben. Es sei seine Ansicht, daß Wilson, wenn er fest geblieben wäre, bei der Regelung der europäischen Angelegenheiten alles hätte durchsetzen können, was er gewollt habe, d. h. er hätte Europa von Amerika ab. Senator Borah erklärte, der jetzige Zwischenfall zeige die Unmöglichkeit, daß Amerika und Europa weiterhin zusammenhängen. Als Amerika in den Krieg getreten sei, hätte es keine Feinde gehabt. Ein Jahr nach dem Krieg hätte sich eine große Macht von ihm entfernt, Rumänien, Rußland und Griechenland seien Amerikas erklärte Feinde, Frankreich flage an, Italien sei bitter, Japan beleidigt.

Der Kindertod in Deutschland.

Geheimer Medizinalrat Professor Dr. Abderhalden, der berühmte Physiologe der Halle'schen Universität, hat in einem öffentlichen Vortrag über die Kindersterblichkeit in Deutschland und ihre Bekämpfung auf Tatsachen hingewiesen, die von der größten Tragweite sind und deren Bekämpfung für das deutsche Volk notwendig ist. Abderhalden behauptet in erster Linie, daß in Wien die Ernährungsverhältnisse, entgegen allen anderen Nachrichten, bedeutend besser seien als in Deutschland. Er sagte deshalb, daß die Einladung des deutschen Reichsgesundheitsamtes an Wiener Kinder, nach Deutschland zu kommen, für die deutschen Kinder eine schwere Gefahr bedeute. Dasselbe Reichsgesundheitsamt habe das

Buch „Die Opfer der Blockade“ veröffentlicht, kenne also die wahren Verhältnisse, und trotzdem seien schon zahlreiche Transporte von Wiener Kindern in Deutschland angekommen und untergebracht worden.

Indem, fährt der Gelehrte weiter aus, sind in Wien mehrere Entente-Kommissionen an der Arbeit. Die Maßnahmen österreichischer Kinder kommen zu lassen, hat auch im neutralen Ausland nicht nur Befremden, sondern auch eine Störung im Transport der deutschen Kinder nach dem neutralen Ausland hervorgerufen. Die grobartige politische und humane Geste nützt Deutschland gar nichts. Abderhalden erinnert in seinem Vortrag auch daran, daß schon im Jahre 1916 die Kindersterblichkeit in Deutschland ganz erhebliche Dimensionen angenommen hatte und daß trotzdem im Jahre 1918 von offizieller deutscher Seite aus die entsprechenden Nachrichten demontiert worden sind. Als im Jahre 1918 zum erstenmal deutsche Kinder nach der Schweiz geschickt wurden, sandte man, um das Prestige zu wahren, wohlgenährte Kinder hin. Wäre der Krieg nicht gewesen, so wären im Laufe der Jahre 1914 bis 1918 zwei Millionen Kinder mehr geboren worden, jetzt sind weit über hunderttausend Kinder dem Hungertode verfallen, wenn nicht sofort gegen die Unterernährung eingeschritten wird, unter der ungefähr 500 000 Kinder schwer leiden, denn Tuberkulose und Rachitis wüten in erschreckender Weise unter der deutschen Jugend. Wir selbst wissen gar nicht, wie sehr unsere Kinder im Wachstum zurückgeblieben sind. Aber als jüngste eine neutrale Ärzte-Kommission Deutschland bereiste, konstatierte sie, daß die zwölfjährigen Kinder höchstens auf neun Jahre geschätzt wurden.

Abderhalden beleuchtete sodann die Interesselosigkeit des deutschen Publikums, das sich am Hilfswort viel zu wenig beteiligt. Halle ist Zentralstelle für den Abtransport der kranken Kinder ins neutrale Ausland. Naturgemäß gibt es beim Abtransport der Transporte außerordentlich viel Arbeit. Bis hierher haben sich glücklich sechs Damen zur Verfügung gestellt. Abderhalden, ein geborener Schweizer, erklärte weiter, in Basel drängten sich auf dem Bahnhof die Schweizer nach, den Kindern ihr schweres Gepäck zu tragen, in Deutschland werden sie nach der Rückkehr von niemandem empfangen. Sie müssen ihr schweres Gepäck auf ihren kleinen schwachen Schultern selbst schleppen. Der Vortragende schloß mit einem Ausruf an den deutschen Gemeinsinn.

Stadtverordnetenversammlung vom 21. Februar 1920.

Anwesend vom Magistrat Bürgermeister Arismann, die Beigeordneten Hoppel und Horn, die Schöffen Bröh, Grimm, Hagenhoff, Dr. Nörz. Vom Kollegium 22 Stadtverordnete.

Punkt 1. Ref. Stadto. Laibach. Als Ersatzleute für den aus dem Kollegium ausgeschiedenen Beigeordneten Horn schlägt die Wahlkommission vor, den Stadtverordneten Kern in die Grunderwerbsdeputation, den Stadto. Müller in die Schul-, Wahl- und Baukommission zu wählen. Das geschieht.

Punkt 2. Ref. Stadto. Rahl. Die neue Reichsteuer auf den Eigentumsübergang an Grundstücken beträgt im allgemeinen 4 v. H.

Nach § 34 des Reichsgrundsteuergesetzes können die Länder, sowie mit Genehmigung der Landesregierung die Gemeinden zu der Reichsteuer Zuschläge von zusammen nicht mehr als 2 v. H. erheben, wovon höchstens die Hälfte auf das Land entfallen darf. Ob Preußen von dieser Zuschlagsbefugnis in Höhe von ein Prozent Gebrauch machen wird, steht noch dahin. Gemäß Erlass des Ministers des Innern sollen sich die Kreise und kreisangehörigen Gemeinden in das ihnen verbleibende 1 Prozent teilen. Solange die Kreise von ihrem Zuschlagsrecht keinen Gebrauch machen, ist den Gemeinden die Erhebung von ein Prozent, andernfalls zwei Drittel v. H. und den Kreisen die Erhebung von ein Drittel v. H. gestattet.

Da mit der Möglichkeit zu rechnen ist, daß der Kreis Limburg, falls die Stadt die Erhebung von 1/2 Prozent nicht beschließt, für sich 1 Prozent als Zuschlag erhoben wird, erscheint es für geboten, die Erhebung von 1/2 Prozent jetzt zu beschließen, um abzuwarten, ob die Erhebung von 1/2 Prozent für den Grundstücksverkehr in der Stadt erhoben wird, und falls er dieses nicht tun sollte, ob dann nicht die Stadt Limburg dieses 1/2 Prozent nachträglich ebenfalls für sich in Anspruch nimmt.

So wird beschlossen.

Punkt 3. Referent: Stadto. Laumarch. Die im Etat mit 8000 Mark vorgesehenen Ausgaben für Müllabfuhr werden durch die Steigerung der Fuhr- und Arbeiterlöhne fast überschritten werden, voraussichtlich um 11 000 Mark. Gemeinliche Veranlassungen dieser Art müssen sich selbst unterhalten, es ist darum eine für das Rechnungsjahr 1920 rüd-

Schuld und Sühne.

Originalroman von Erich Ebenheim.

36) (Nachdruck verboten.)
„Ja, Hersbach bestiegte es mit. Er gab auch zu, daß Runge wegen Wechselfälschung zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt war, und diese Strafe tatsächlich verbüßte. Aber er setzte hinzu, Runge, der ein Schulkamerad von ihm sei, und mit dem er seit der Kindertage befreundet gewesen, sei trotzdem kein schlechter, sondern nur ein schwacher Mensch, dessen Gefühl für Helene tief und echt sei. Und weil er Mitleid mit ihm habe und sehe, wie Runge an dieser Liebe sonst zugrunde gehe, habe er sich entschlossen, ihm zu helfen. Er wolle die beiden Gatten miteinander versöhnen und sei überzeugt, daß dies gelingen werde, wenn Helene nur in eine persönliche Zusammenkunft willige. Bis jetzt weigere sie sich nämlich hartnäckig, ihrem Gatten eine Unterredung zu gewähren. Deshalb habe er, Hersbach, die Vermittlung übernommen, und bitte auch um meine Hilfe.“
„Sie haben ihm diese zugesagt?“
„Ja. Ich fand es während von Hersbach, sich seines Jugendfreundes so warm anzunehmen, obwohl er selbst seine Existenz dabei aufs Spiel setzte!“
„Wie das?“
„Hersbach kommt aus einer äußerst strengen, reichen Patriziersfamilie, die eine Knechterei in Hamburg besitzt. Sein Vater, von dem er ganz abhängig, verbot ihm schon vor Jahren auf das strengste jeden Verkehr mit Runge, da er ihn immer für einen leichtsinnigen Menschen hielt. Später, als Runge in Berlin allerlei leichtfertige Streiche ausübte, wurde dies Verbot wiederholt und Fritz brach auch wirklich allen Verkehr mit dem Jugendfreund ab. Aus den Zeitungen erfuhr er später Runges Verurteilung. Aber nach dem dieser seine Strafe verbüßt hatte, erschien er plötzlich eines Tages in Hamburg bei Fritz und bat ihn flehentlich um Unterstutzung. Er wolle drüben in Amerika ein neues Leben beginnen und ein besserer Mensch werden, sei aber im Augenblick völlig mittellos. Er schätzte ihm sein ganzes Herz aus, erzählte ihm von seiner Ehe, daß Helene nun nichts mehr von ihm wissen wolle, daß er aber nicht ruhen noch rasten würde, bis sie wieder versöhnt sei. Kurz, er wühlte

Hersbachs gutes Herz so zu führen, daß dieser ihn nicht nur reichlich mit Geld versah, sondern auch versprach, ihm seinerzeit behilflich zu sein. Helene zu versöhnen.“

„Erfuhr Herr Hersbachs Vater davon?“

„Ja, leider. Und es wäre darüber beinahe zum Bruch zwischen Vater und Sohn gekommen. Endlich beruhigte sich der alte Hersbach und nahm Fritz nur nochmals das Versprechen ab, fortan in keiner Weise, weder mündlich noch schriftlich mit dem Verbrecher in Verbindung zu treten, sonst würde er kein Erbarmen kennen und Fritz verstoßen. Denn eine Familie Hersbach dürfe auch nicht im entferntesten mit einem Menschen wie Runge Beziehungen haben.“

„Und trotzdem gab sich der Sohn später wieder dazu her, hier die Vermittlerrolle zu spielen?“ fragte Vera ungläubig. Fraulein Spira nickte.

„Ja. Er ist so gut und edel. Er kann niemand leiden sehen. Und Runge war wie von Sinnen, als er aus Helenes Brief herüberkam. Er wollte sich ja in seiner Verzweiflung sogar vor Frihens Augen erschließen. Fritz konnte ihn nur beruhigen durch das Versprechen, mit ihm Herber zu reisen und Alles zu versuchen, um Helene wieder in die Arme des Gatten zurückzuführen. Natürlich mußte dies äußerst vorsichtig und heimlich geschehen, damit der alte Hersbach nichts erfuhr. Dies war um so schwieriger, als Hersbach Verwandte und Freunde hier besitzt, von denen er nicht gesehen werden durfte. Denn sein Vater glaubt ihn auf einer Reise begriffen.“

„Ist er im Arge? Das scheint mir doch unmöglich!“
„Doch. Er sagte so. Wahrscheinlich meinte er die österreichische Riviera.“

„Und wie wurde es dann hier?“

„Hersbach wandte sich zunächst an mich, da ich als Helene's einzige Freundin galt. Er vertraute sich mir ganz an, und da mir Helene einmal — allerdings ohne Namensnennung oder Einzelheiten — von ihrer unglücklichen Ehe erzählt hatte, konnte ich offen mit ihm sprechen. Ich sagte ihm, daß ich Mann und ein vertrauter Freund von ihm hier seien, und jener Freund sei zunächst um eine Unterredung bitten lassen.“

„Was antwortete die Dame?“

„Helene verhielt sich vom ersten Augenblick an völlig ablehnend. Sie wollte weder Runge noch dessen Frau sehen, und verlangte nur ihre Freiheit, sagte sie. Alles Zureden war vergebens. Sie war eben ganz erfüllt von ihrer Liebe zu Dr. Hardy, den sie noch immer zu gewinnen hoffte, wenn sie nur erst frei wäre. Es nützte gar nichts, daß ich ihr rat zu machen versuchte. Hardy liebe sie längst nicht mehr, ja, habe sie meiner Überzeugung nach überhaupt nie tief geliebt. Sie wollte einfach nicht hören.“

„Was geschah weiter?“

„Eigentlich nichts. Ich trug Vorschläge hin und her, die zu nichts führten und allmählich trat für Fritz und mich das Ehepaar Runge auch mehr in den Hintergrund. Denn wir verliebten uns ineinander.“

Sie blühte verträumt lächelnd vor sich hin.

„Und Runge? Haben Sie je mit ihm persönlich ver-

handelt?“

„Denn in der Bibliothek, wo Silas Hempel hinter zwei im Rechte voneinander gestellten Bücherregalen seinen Leseposten hatte, almete der Detektiv erleichtert auf.“

Er hätte Vera die Hände küssen mögen für diese Frage. Denn gerade die lag ihm seit fünf Minuten brennend am Herzen. Gespannt blickte er durch den Spalt, der ihm gerade mitten zwischen den Samtdorhängen hindurch eines Ausblick auf beide Frauen gewährte.

Fraulein Spira schüttelte den Kopf.

„Rein, nie. Fritz wollte nicht, daß ich mit dem einzigen Zuchthäusler in Verbindung käme. Er ist so zartfühlend.“

„Uebrigens soll er auch,“ fuhr sie dann fort, „durch Helene's Weigerung ganz gebrochen gewesen sein. Fritz erzählte mir, er verlasse seine Wohnung nie, ohne Helene's Kamm zu betreten, und er wisse schon nicht mehr, was er mit dem Menschen anfangen sollte. Fritz war nämlich gezwungen, den ganzen Tag in seiner Gesellschaft zu verbringen. Denn aus Furcht, jemand könne ihn erkennen und seinem Vater darüber berichten, wagte er sich kaum vor die Tür.“

„Dann haben Sie aber wenig von ihm gehört.“

(Fortsetzung folgt.)

wirkende Erhöhung der Maltabfuhrgebühren von 15 auf 40 Prozent des Gebäudereiherbetrages notwendig geworden. Die Erhöhung wird bewilligt.

Punkt 4. Ref. Stadtv. Schmidt. Die Betriebskosten des Wasserwerkes übersteigen durch die Preissteigerung aller Rohstoffe und Materialien, besonders des elektrischen Strompreises von 23 Pfg. auf 47 und nachstehens auf 67 Pfg.) bedeutend den im Etat vorgeschlagenen Betrag. Das Wasserwerk muß sich selbst erhalten. Die Kosten können also durch eine Erhöhung des Wassergeldes gedeckt werden. Als ausreichend sind erkannt 60 Pfg. je Kubikmeter, statt bisher 35 Pfg.

Stadtv. Stein: Die Erhöhung des Wassergeldes trifft die ärmeren, meist kinderreichen Familien besonders hart. Ich schlage vor die Sätze nach den Wohnungsmieten von 200, 500 und mehr Mark zu stellen.

Bürgermeister Krümmann: Der Vorschlag ist erwägenswert. Ich bitte aber, in Anbetracht der umfangreichen Berechnungen, die dadurch notwendig werden, den Vorschlag bis zur nächsten Etatsberatung zurückzustellen.

Stadtv. Stein: Die Schwierigkeiten sollten überwunden werden. Eine Kommission könnte sich der Vorbereitung unterziehen.

Stadtv. Launow: Solche Berechnungen sind mehr Sache des Statistikers als der Kommissionsberatung.

Stadtv. Hägel: Es handelt sich nur um ein Vierteljahr, dann können wir der Frage näher treten.

Der Wassergelderhöhung wird zugestimmt; der Antrag Stein soll bei der Etatsaufstellung berücksichtigt werden.

Punkt 5. Stadtv. Sternberg. Das neue preussische Wohnungsgesetz sieht in Orten mit mehr als 10 000 Einwohnern die Schaffung von Wohnungsordnungen vor, die die Mindestforderungen für den baulichen, gesundheitlichen und sittlichen Zustand der Wohnungen enthalten. Auf ihnen baut sich die Aufsicht der Gemeindeorgane über ihr Wohnwesen auf, die herufen ist, Mißstände jeder Art zu bekämpfen und Verbesserungen anzuregen. Die Einrichtung der Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege fällt zwar insofern in eine ungünstige Zeit, als die Wohnungsnot die Benutzung mancher Wohnungen erfordert, die den Anforderungen einer Wohnungsordnung nicht entsprechen. Es wird am besten eine Kommission gewählt, die unter Rücksichtnahme auf die heutigen Verhältnisse Richtlinien für eine geordnete Wohnungspflege festsetzt. Zu der Kommission sollen vor allem hygienische Sachverständige herangezogen werden. Ihre Arbeit wird mit derjenigen der Armen- und Waisenpflege, der Kriegshinterbliebenenfürsorge, der Säuglingspflege, der Tuberkulose- und Trinkerfürsorge usw. Hand in Hand gehen. Neben dieser ehrenamtlichen Tätigkeit ist die Arbeit eines amtlichen Wohnungspflegeorgans notwendig, dessen Anstellung auch von dem Gesetz gefordert wird. Der Magistrat schlägt die Anstellung eines Wohnungspflegers vor, die mit ihrem Amt die Arbeit der bisherigen Kreisfürsorgerin in der Säuglingspflege der Stadt übernehmen soll. Damit würde die Kreisfürsorgerin für den südlichen Teil des Kreises verfügbar (der nördliche besitzt eine Kreisfürsorgerin). Der Magistrat bittet, für die Anstellung und Befoldung der Wohnungs- und Säuglingspflegerin einen Kredit bis zu 4000 Mark zu bewilligen.

Stadtv. Müller widmet der am 1. April aus ihrem Amte scheidenden Säuglingspflegerin Schwester Margarete Brandt Worte wärmster Anerkennung. Durch unermüdete Bereitschaft und aufopferungsvolle Hingabe an ihr Amt habe sie sich den Dank weitester Bevölkerungskreise verdient.

Der Anstellung der Wohnungs- und Säuglingspflegerin wird zugestimmt, der Kredit bewilligt.

(Schluß folgt.)

Lokaler und vermischter Teil.

Limburg, 23. Februar 1920.

Lebensmittel. Am Dienstag kommt Gemüse am Mittwoch Seife zum Verkauf (siehe Anzeige).

In der geheimen Sitzung der Stadtverordneten am Samstag wurde die Anstellung des Polizeioberwachmeisters Riobusch aus Wengede, Kreis Dortmund als Polizei-Oberwachmeister der Stadt Limburg und des Diplom-Ingenieurs Schmale aus Sieben als leitender Ingenieur für die Stromversorgung der Stadt Limburg genehmigt.

Das Ortskartell Limburg des Deutschen Beamtenbundes hält heute abend 7 Uhr im Evangel. Gemeindehaus eine allgem. Versammlung ab. Es wird die Mitglieder über seine bisherige Tätigkeit unterrichten und außerdem Beamtenwirtschaftsfragen zur Sprache bringen. Wegen der allgem. Wirtschaftslage dürfte ein starker Besuch, auch von auswärtig, zu erwarten sein.

Theater. „Es fiel ein Reif...“, die Tragödie einer Ehe in drei Akten, von Löwenberg. Die erste Theaterkunst hat mit ihren Gaben in Limburg eine Pause von mehreren Monaten gemacht. Daß man sie nicht vermissen möchte, zeigte am Freitag abend der überfüllte Saal der „Alten Post“. Ein eigenartiges Stück wurde gegeben. Ein Paar lebt jahrelang in einträchtiger Ehe, und trotzdem ist der Boden des Glückes bereits unterhöhlt, da der Mann nur seinen engen Geschäftsinteressen lebt. Altem Verlecher hat er entsagt und innerlich ist ihm auch das Kommen und Gehen des letzten Freundes, des Jugendgespielen beider Teile, gleichgültig. Der merkt's und warnt und wirft in das ruhige Begehren ihrer Häuslichkeit das eine Wort von dem Märchen, das jede Frau, deren Gatte nicht der rastlos liebesvolle Gefährte ist, vom anderen träumt, auch wenn sie es selber sich nicht gesteht. Und von da ab gibt's keine Ruhe mehr, das Wort zieht immer weiter seine Raste. Der Hausfreund, dessen Gefühle solange im Dämmer ruhen, als er im trauten Verlecher Beruhigung fand, flammt nun empor, da er die Nähe der sonnigen Frau für immer verlassen soll. Er will nicht verzichten und entföhrt vor den Augen der Hausfrau ihr Bild, das Bild der Frau, die er, der Don Juan, als einzige wahrhaftig liebt. Mann und Frau suchen nun heimlich und ohne Wissen voneinander den Störenfried ihres Glückes auf, sie, um ihr Bild zu erlösen, er, in nagender Eifersucht, um Klarheit über seine Befürchtungen zu erlangen. Nun schürzt sich der Knoten. Der Gatte erhält die Gewissheit, daß der Besitz der Gefährtin auf dem Spiele steht. „In 48 Stunden muß ich eine von uns freiwillig von dannen scheiden. „Ich oder Du!“, lautet sein Spruch. Sie lösen — er wird frei, der andere verdammt. Er fängt sich bereit, aber nun, wo alles geraubt werden soll, von dem, der sich seiner Gattin unwürdig erwiesen, will er besitzen, rauben ohne Rücksicht auf den Nebenbuhler. Und er sagt es ihm ins Gesicht, „Ich komme!“ Der Gatte in fiebernder Angst findet zum ersten Mal die Zeit, dem Hasen nach dem Mannen für 48 Stunden zu entsagen, und sich der Gattin zu widmen, sie zu bewachen. Da fällt wie ein Blitz die Nachricht ins Haus: Der Freund hat sich entleibt. Die Zeitung hat gemeldet: Ein Ehrenhandel hat ihm die Waffe in die Hand

gedrückt. Da erkennt die Frau! Ihr Gatte war's, der ihm den Tod durch ihn selbst gegeben. Und wie ihr im Lichte der Erkenntnis der Gatte als Uebeltäter erscheint, fühlt sie, und bekennend, daß sie nur einen geliebt hat, den Toten. Als sie davon eilen will, zu ihm, schließt sie in rasender Eifersucht der Gatte zusammen. In diesem Augenblick erscheint — der Totgeglaubte. Die Rottig war von ihm in die Zeitung lanciert. Nun, wo sich ihre Gefühle entscheiden mußten, für ihn, wie er bestimmt weiß, kommt er sie zu holen. Da zeigt ihm der Feind ihre Leiche. Die psychologische Entwicklung der ersten beiden Akten ist zweifellos sehr fein geführt, aber dann wird's böß. Der ganze dritte Akt mütet in seiner Unlogik und gewaltsamen Krisenkonstruktion wie ein rechter Schauerfilm an. Das Stück soll übrigens auch unter anderem Titel und mit einem besseren, logischeren Ausgang existieren. Wir hoffen, daß das andere das Wert aus des Autors Hand ist. Der Hauptteil des Spiels lag in den beiden Herrenrollen, die gut besetzt waren. Die Hausfrau wirkte durch ihre Erscheinung. Im ganzen kann der Abend als ein Erfolg der Deutschen Kammerspiele bezeichnet werden.

Die für gestern angelegte öffentliche Versammlung der deutschen demokratischen Partei mußte wegen Erkrankung des Redners auf Samstag, den 28. Februar verlegt werden.

Oberrhein, 19. Febr. Am vergangenen Sonntag, den 15. Februar, abends veranstaltete die hiesige Freiwillige Feuerwehr im Saale der Gastwirtschaft Thielmann ihr diesjähriges Wintervergnügen, bestehend in Theater und Ball, welches gut besucht war. Zur Aufführung gelangten die Theaterstücke „Am Grabe der Mutter“ und „Die Dorfhexe“ sowie ein Gefangenenstück „Die beiden lustigen Singvögel“. Die Mitspielenden entlegten sich ihrer Rollen gut und ernteten reichen Beifall. In den „lustigen Singvögeln“ zeigten die beiden Damen ihr bestes Können, so daß sie auf den stürmischen Beifall hin genötigt waren, einen Vers zu wiederholen. Zum Schluß gedachte Herr Lehrer Fuchs in warmen Worten der sieben gefallenen Kameraden der Wehr und bat die Anwesenden, zum Gedächtnis der Gefallenen sich von ihren Sitten zu erheben; gleichzeitig rief er den aus Gefangenschaft endlich heimgekehrten Kameraden ein herzliches Willkommen in der Heimat zu.

Frankfurt, 20. Febr. Der Dieb im Tramwagen. Während der Fahrt nach dem Ostbahnhof fiel Mittwoch abend einem Bankbeamten aus Groß-Ruheim, als er dem Straßenbahnfahrer die Fahrkarte bezahlte, ein Brief aus der Brieftasche ein Brief mit 2000 österreichischen Kronen und 400 holländischen Gulden zu Boden. Bevor er den Brief aufheben konnte, hatte sich blitzschnell ein anderer Herr danach, griff den Brief, sprang aus dem in vollster Fahrt dahintollenden Wagen und verschwand im Straßentreiben.

Frankfurt, 20. Febr. Schon wieder ein Silberhieb. Bei der letzten Schießerei in der Alsterlilienstraße erwischt die Kriminalpolizei einen Galizier, der bedeutende Mengen Papiergeldes bei sich trug. Dieser Umstand führte zu einer Durchsuchung der Wohnung des jungen Mannes. Die Erwartung enttäuschte nicht. Aus allen Ecken und Enden, sogar aus dem Kinderwagen holten die Beamten nach und nach Silbergeld im Gewicht von mehr als einem Zentner hervor. Das Geld war schon sorgfältig verpackt und sollte nach Antwerpen gebracht werden.

Ämlicher Teil.

(Nr. 42 vom 23. Februar 1920.)

Für den unbelebten Teil des Regierungsbezirks Wiesbaden, das heißt für den Stadtkreis Frankfurt a. M. sowie die Kreise Biedenkopf, Dillkreis, Odbraunskreis, Limburg, Oberwesterwald, Udingen, Oberlahn und Westerburg, siehe ich die neue Veranlagungsperiode für die Handwerkskammerbeiträge auf fünf Jahre, vom 1. April 1920 bis 31. März 1925 fest. Hierbei finden die Verfügungen des Herrn Regierungspräsidenten in Wiesbaden vom 9. November 1900 — Pr. I. A. 8978 — und vom 3. Mai 1901 — Pr. I. A. 3287 — über die Verteilung der aus der Errichtung und Tätigkeit der Handwerkskammer erwachsenden Kosten auf die Gemeinden und gegebenenfalls bezüglich der Umlegung der für die letzteren entfallenden Kostenanteile auf die einzelnen Handwerksbetriebe mit der Maßgabe Anwendung, daß die Berechnung der Kostenverteilung auf die Gemeinden zugrunde zu legenden Gewerbesteuerbeträge der Handwerksbetriebe nach den Gewerbesteuerlisten der Gewerbesteuerklassen I, II, III und IV des Steuerjahres 1919 zu geschehen hat.

Des Weiteren sind die Absätze 2 und 3 der Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten in Wiesbaden vom 24. Oktober 1904 — Pr. I. A. 8486 — zu beachten. Die Herren Vorsitzenden der Gewerbesteuer-Ausschüsse werden auf Ersuchen der Kammer das gewünschte Material über die veranlagten Gewerbesteuerfälle mitteilen.

Cassel, den 4. Februar 1920.

Der beauftragte Regierungspräsident.

A. H. M. R. Nr. 227.

Wird den Herren Bürgermeistern zur Kenntnisnahme mitgeteilt.

Der Landrat.

Bekanntmachung.

Zur Unterstützung von Volkshilfsvereinen stehen mir noch einige Mittel zur Verfügung. Etwaige Unterstützungsanträge eruche ich mir bestimmt bis zum 10. Febr. einzureichen. Der Antrag muß in eingehender Weise darzulegen lassen, welchen Fortgang die Entwicklung des Wohlfahrtswesens in den letzten Jahren genommen hat. In dem Antrage eruche ich insbesondere anzugeben, welche Beträge (getrennt)

a. von den Gemeinden.

b. aus sonstigen Mitteln (von kirchlichen Behörden, Vereinen, Privatpersonen usw.)

im Rechnungsjahre 1919 aufgebracht wurden und wann diese Beihilfen verteilt und verwendet worden sind. Hinweise auf Angaben in früheren Anträgen sind zu vermeiden.

Schließlich ist mir noch eine Äußerung darüber erwünscht, welche Wahrnehmungen in Bezug auf die Benutzung der Wohlfahrtsvereine gemacht wurden und wer die Wohlfahrtsvereine desorgt hat.

Die nach dem 10. Febr. eingehenden Anträge können auf Berücksichtigung nicht mehr rechnen.

Limburg, den 16. Februar 1920.

R. A. Nr. 725.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Bekanntmachung.

An die Herren Bürgermeister des Kreises Limburg und der Pfaffenhauser Gemeinden.

Das Verbot des An- und Verkaufs von Zucht- und Nutzvieh vom 9. Februar 1920, L. 374 (siehe Kreisblatt Nr.

32) wird hiermit aufgehoben. Dagegen bleibt die Bekanntmachung des Herrn Regierungspräsidenten vom 10. Januar 1920, veröffentlicht durch meine Kreisblattverfügung 21. Januar 1920, L. Nr. 173 (Kreisblatt Nr. 16), weiter in Kraft.

Auf die hohen Strafen, welche die Verordnung vom 10. Januar bei Zuwiderhandlungen vorsieht, mache ich besonders aufmerksam. — Ausdrücklich weise ich auch die Viehhändler und Händler darauf hin, daß Veräußerungen innerhalb des Kommunalverbandes meiner Genehmigung bedürfen und jede Veräußerung von Kommunalverband zu Kommunalverband der Genehmigung der Bezirksfleischstelle bedarf. — Da der Pfaffenhauser nicht zum Kommunalverband Limburg gehört, ist also die Genehmigung bei der Bezirksfleischstelle jedesmal auch dann einzuholen, wenn es sich um eine Veräußerung aus dem Kreis Limburg nach dem Pfaffenhauser und umgekehrt handelt.

Die Verordnung des Herrn Regierungspräsidenten in Wiesbaden wird nachstehend wiederholt bekanntgegeben. Die Herren Bürgermeister ersuche ich um mehrfache Ortsabläufe Bekanntmachung.

L. 374 II.

Limburg, den 20. Februar 1920.

Der Landrat.

Bekanntmachung.

Auf Anordnung des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten vom 6. Dezember 1919 — L. A. III. g. 3893 — und der Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministers vom 2. Dezember 1919 — Reichs-Gesetzbl. S. 1938 — sowie des Ausführungsgeheißes zum Friedensvertrage vom 31. August 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 1530) — wird zur Sicherstellung der nach dem Friedensvertrage abzulebenden Pferde und des Zug- und Zuchtviehs folgendes angeordnet:

A. Der Verkehr mit Hengsten und Stuten, sowie der Verkehr mit Nutzvieh wird zur Sicherung der Ablieferung der Tiere nach dem Friedensvertrage wie folgt beschränkt:

I. Pferde:

Die Ausfuhr aus dem Regierungsbezirk von Hengsten und Stuten ist bis auf weiteres verboten. Desgleichen ist der Handelsverkehr mit diesen Tieren untersagt.

II. Zucht- und Nutzvieh:

Hinsichtlich der Viehaustritt von Zucht- und Nutzvieh, und zwar von Rindern- und Schafen aus dem Regierungsbezirk Wiesbaden bemerkt es bei den bestehenden Bestimmungen, wonach zur Ausfuhr die Genehmigung der Bezirksfleischstelle für den Regierungsbezirk Wiesbaden erforderlich ist.

Hinsichtlich des An- und Verkaufs dergewonnenen Gattungen bemerkt es bei dem von der Bezirksfleischstelle und den Kommunalverbänden erlassenen Anordnungen, wonach jede Veräußerung innerhalb des Kommunalverbandes der Genehmigung des Leiters des Kommunalverbandes und jede Veräußerung von Kommunalverband zu Kommunalverband oder mit Benutzung der Eisenbahn der Genehmigung der Bezirksfleischstelle bedarf. Zur Sicherung der an die Militärs abzuliefernden Viehmengen dürfen die erforderlichen Verkaufs- und Transportgenehmigungen nur in bringenden Ausnahmefällen erteilt werden.

III. Ziegen:

Die Ausfuhr von Ziegen, aus dem Regierungsbezirk Wiesbaden ist bis auf weiteres verboten. Die vorhandenen Ausfuhrverbote der Kommunalverbände bleiben unberührt.

B. I. Das Kastrieren von Hengsten ist verboten.

II. Das Scheeren von Schafen ist verboten.

C. Ausnahmen von vorstehenden Bestimmungen können durch die Landräte bzw. Bürgermeister der kreisfreien Städte erteilt werden.

D. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Anordnungen werden mit Gefängnis und mit Geldstrafen bis zu 200 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

E. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Wiesbaden, den 10. Januar 1920.

Der Regierungspräsident.

Im Auftrage: Welser.

An die Herren Bürgermeister des Kreises Limburg

und der Pfaffenhauser Gemeinden.

Betrifft: Verbot des An- und Verkaufs von Zucht- und Nutzvieh.

Die Aufbringungen der Viehmengen für den Feindbund stellt so hohe Anforderungen an die Zuchtviehbestände, daß daneben der Handel mit Zucht- und Nutzvieh vorläufig nicht mehr gestattet werden kann. — Die Bezirksfleischstelle hat bereits am 21. Oktober 1919 eine Verordnung erlassen, nach welcher jeglicher An- und Verkauf von Zucht- und Nutzvieh bis auf weiteres verboten ist. Diese Verordnung wurde, weil die Viehlieferungen an die Entente sich noch hinausziehen, durch die Bezirksfleischstelle am 3. Dezember (Kreisblatt Nr. 293 vom 1919) vorläufig außer Kraft gesetzt. Nachdem jetzt die Viehlieferungen an die Entente unmittelbar bevorstehen, tritt die Verordnung vom 21. Oktober 1919 (siehe Kreisblatt Nr. 248 vom 1919) wieder voll in Kraft, so daß jetzt wieder jeder An- und Verkauf von Zucht- und Nutzvieh — auch innerhalb des Kreises — untersagt ist.

Die Herren Bürgermeister ersuche ich, für das Bekanntwerden des Verbots bei Viehhändlern sowohl wie bei Händlern Sorge zu tragen. Dieses Verbot ist auch von den mit einer Ausweisarte vom Viehhandelsverband versehenen Händlern zu beachten.

Limburg, den 9. Februar 1920.

Der Landrat als Vorsitzender des Kreiswirtschaftsamtes des Kreises Limburg.

L. 374.

(Schluß des amtlichen Teils.)

Gottesdienstordnung für Limburg.

Katholische Gemeinde.

Dienstag 7 1/4 Uhr in der Stadtkirche färl. Jahramt für Anna Antonie Kretmer, um 8 Uhr in der Stadtkirche Jahramt für Christian Peuser.

Mittwoch: Fest des hl. Apostels Matthias. Um 7 Uhr in der Friedhofskirche hl. Messe für Katharina Wölff.

Donnerstag 7 1/4 Uhr im Dom Seelenamt für Frau Maria Hermann geb. Schneider, um 7 1/4 Uhr in der Stadtkirche Jahramt für Andreas von Reider und Ehefrau, um 8 Uhr in der Stadtkirche Jahramt für Anton Hillebrand, seine Ehefrau und Kinder.

Freitag 7 1/4 Uhr im Dom Jahramt für Richard Kretmer, um 7 1/4 Uhr in der Stadtkirche Jahramt für Frau Marg. Benz geb. Peuser und ihre beiden Ehegatten, um 8 Uhr in der Stadtkirche Jahramt für Nikolaus Rimbey, seine Ehefrau und Kinder. Abends 8 Uhr Fastenandacht mit Predigt.

Samstag 7 1/4 Uhr im Dom Seelenamt für Postdirektor Julius Wähler, um 7 1/4 Uhr in der Stadtkirche Jahramt für Jakob Kretmer und Ehefrau, um 8 Uhr in der Stadtkirche Jahramt für Bartholomäus Hensler.

Um 4 Uhr nachmittags Gelegenheit zur hl. Beichte.

Bekanntmachungen und Anzeigen der Stadt Limburg.

Gemüse-Verkauf.

Am Dienstag den 24. d. Mts. kommen in der Markthalle nachmittags von 2-4½ Uhr Speisemöhren zum Preise von 30 Pfg. das Pfund zum Verkauf.

Verkauf von Seife.

Am Mittwoch den 25. d. Mts. kommt in der Aula des alten Gymnasiums nachmittags von 2-5 Uhr der Rest der beklagten Toilettenseife an diejenigen Haushaltungen, die noch keine Seife erhalten haben, zur Ausgabe und zwar ein kleines Stück ca. 75 gr zum Preise von 1.50 M. pro Haushalt. Limburg, den 21. Februar 1920. 29(42)

Städtisches Lebensmittelamt.

Bekanntmachung.

Kohlen- und Koks-Preise.

Bestmehlert	Mt. 11.30
Fettstuhl- und Stüchle	12.75
Eignung 1 und 2	13.80
3	13.40
Anthrazitkoks 1	13.75
2	15.40
3	13.95
II Langenbrunn	15.55
Esform-Brickets	15.10
Grobkoks	15.40
Brickets 1 und 2	17.15
3	16.20
Grobkoks grob vom Lager abgeholt	14.—
Braunkohlenbrickets	8.75

Die Preise verstehen sich für den Zentner, an der Bahn oder am Lager der Kohlenhandlung abgeholt, einschl. Umsatzsteuer. Der Fuhrlohn beträgt für den Zentner an das Haus geliefert Mt. 0.60, desgl. wenn 50 Ztr. und mehr aus dem Waggon geliefert werden Mt. 0.50, desgl. in Säcken in das Haus oder in den Keller geliefert Mt. 1.40. Limburg, den 20. Februar 1920. 11(42)

Die Ortskollektoren.

Volksschule II Limburg.

Elternversammlung.

Die nächste Elternversammlung der hiesigen II. Volksschule (Wilhelmschule) zum Zwecke der Vorbereitung der Wahl zu dem Elternrat findet am Mittwoch den 25. Februar, abends 8 Uhr im evangel. Gemeindehause statt. Hierzu werden alle Eltern, deren Kinder diese Schule besuchen, ergebenst eingeladen. 3(42)

Der Schulleiter:
L. n. 3, Hauptlehrer.

Limburg, den 21. Februar 1920.

Bekanntmachung.

In der Zeit vom 24. Januar bis 16. Februar d. J. sind den Phosphorwerken in Geisberg zwei Kraftstrommotoren mit Kupferwicklung und Schleifringanker im Werte von 9 bis 10 tausend Mark aus dem Wäscherraum entwendet worden. Der Raum war verschlossen und muß durch einen Nachschlüssel geöffnet worden sein. Ein jeder der beiden Motoren wog ungefähr 2½ bis 3 Zentner. Die Motoren haben folgende Bezeichnung:

1. S. S. W. Nr. 638258 Tg. M. D. 64 — 380 Volt, 4,7 Amp. 3 P. S. 1,9 A. B. n. 1430,
2. A. E. G. Nr. 1066413 T. D. 30/4 220 Volt 8,6 Amp. 3½ P. S. 2,2 A. B. 1430 Umrehung.

Sachdienliche Nachrichten an die nächste Polizeibehörde oder an die Staatsanwaltschaft Limburg zu 1 J 307/20 erbeten.

Limburg, den 19. Februar 1920.

4(342)

Der Erste Staatsanwalt.

Knholzverfeigerung. Oberförsterei Diez.

Mittwoch den 3. März, vorm. 11 Uhr in der Wirtshaus von Anton Langschieb in Altdiez. 1. Försterei Altdiez, Dist. 3b, c Eichenholz, 5a, b Untermark, 32a, b Spratzig u. Tot. Nadelholz: 115 Stämme 2-4 Kl. — 44 Fm., 1754 Stangen 1-3 Kl., 1675 Stangen 4-6 Kl. 11. Försterei H. mbach, Dist. 35 Kollsbach, 38 u. und 39 Kollsbach. Nadelholz: 8 Stämme 4 Kl. 2 Fm., 34 Stg. 1-3 Kl. 7(42)

Die Gemeinde Staffel hat einen prima springfähigen, 18 Monate alten Eber der Jagd halber zu verkaufen. Angebote sind an das Bürgermeisteramt zu richten. 12(41)

Der Bürgermeister: M. 11.



Von Dienstag ab steht ein Transport

prima Hannoveraner Ferkel

in meinen Stallungen zum Verkauf.

10(42)

Johann Lambrich, Viehhandlung
Limburg, Marktstraße 2.

Zu verkaufen

am Mittwoch, den 25. Febr., nachm. 2 Uhr im „Feldschlösschen“ zu Staffel:

1 kompl. Einsp.-Pferdewagen mit
Kasten sowie ein Einsp.-Vorderwagen,

gut erhalten.

6(42)

Aufruf

zur Bekämpfung der Geschlechts- krankheiten.

Mit der Demobilisierung ist eine erschreckende Vermehrung der Geschlechtskrankheiten eingetreten und es werden die Familien und damit der Gesundheitszustand unseres gesamten Volkes aufs äußerste bedroht. Die energische Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ist daher dringend erforderlich.

Diese Krankheiten werden nicht nur durch den Geschlechtsverkehr, sondern auch auf mancherlei andere Art verbreitet.

Alle Geschlechtskrankheiten sind sicher heilbar, wenn sie frühzeitig in Behandlung kommen, d. h. früher, als eine Allgemeinerkrankung des Körpers zustande gekommen ist. Es ist daher unbedingt notwendig, daß die Geschlechtskranken möglichst früh in ärztliche Behandlung kommen.

Nur die Ärzte sind imstande, die Geschlechtskrankheiten rechtzeitig zu erkennen und erfolgreich zu behandeln. Man zögere daher nicht, bei verdächtigen Haut- und Schleimhauterkrankungen sofort einen Arzt um Rat zu fragen.

Kranken, welche die ärztliche Behandlung nicht bezahlen können, kann kostenfreie ärztliche Behandlung zuteil werden.

Der Vorsitzende des
Kreisausschusses:

S. Hellen,
Landrat.

Namens der Ärzte von
Limburg und Umgebung:

Der Kreisarzt
Dr. Tenbaum, Medizinalrat.

Vorschuß-Verein zu Limburg

eingetragene Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht.

Die Sparprämien-Anleihe-Stücke sind eingetroffen und können gegen Vorlage der erhaltenen Quittung in Empfang genommen werden. 2(42)

Limburg (Lahn), den 21. Februar 1920.

Der Vorstand.

Zigarren u. Zigaretten

in allen Preislagen offeriert

Hermann Rosenmeyer,
Limburg (Lahn),

Neumarkt 9.
12(42)

Fernsprecher 341.

Zur gefl. Beachtung.

Formulare für

Kirchen- und Schulwesen,

Zeichenschau- u. Friedhofsweisen,

Standesamtsformulare,

Ortsgerichts- und Grundbuch-

formulare,

Verträge und Ortsstatute.

nach amtlicher Vorschrift

zu haben in der

Kreisblatt-Druckerei

Chiffreanzeigen betr. Verkäufe.

Das neue Umsatzsteuergesetz verpflichtet die Zeitungen bei Androhung hoher Geldstrafen, Chiffreanzeigen über Verkaufsangebote von Gegenständen, die der erhöhten Umsatzsteuer unterliegen (also aller Luxusgegenstände) nur noch zur Veröffentlichung unter Chiffre anzunehmen, wenn der Besteller der Zeitung seine genaue Adresse, Name, Stand, Wohnort und Straße nennt. Die Zeitungen sind verpflichtet, jede solche veröffentlichte Chiffreanzeige der zuständigen Steuerstelle mit der Adresse des Bestellers sofort zu übermitteln. Das hat den Zweck, daß von dem erfolgten Verkauf die Luxussteuer beim Verkäufer angefordert werden kann. Diese Steuer beträgt 15% hierauf Rücksicht nehmen.

Limburger Anzeiger.

„Schmidt's“ Althandlung,

Ankaufsstelle

14 Römer 14,

kauft:

Stricklumpen,

Lumpen,

alte Säcke,

Sacklumpen,

Antier,

Meßing,

Zink,

Zinn,

Blei,

Maschinen-

Guß,

Dien-Guß,

Kernschrott

zu höchsten

Preisen.

Kaufmann, anfangs 30er, mit circa 8000 Mt. Jahreseinkommen u. großem Vermögen, evangelisch, dem es an passender Gelegenheit fehlt, wünscht auf diesem Wege Bekanntschaft einer Dame mit Vermögen zwecks baldiger Heirat. Witwe ohne Kind nicht ausgeschlossen. Anfragen unter 5(42) an die Exped. d. Bl.

Forderungen an die Erben der verstorbenen Ww. des Kunstschreiners Jos. Dieffenbach sind bei dem Unterzeichneten bis zum 1. März anzumelden. 2(41)

Franz Loos,

Wallstr. 14

Alte Briefmarken, auch Sammlungen, kauft Ph. Heller, Nassau (Lahn). Ich komme zum Verkäufer.

Handwerker

Gewerbetreibende

erhalten Auskunft, Rat und Hilfe in allen Angelegenheiten: Wirtschaftsprüfung, Fachliche Beratung, Steuerfragen, Rechtsfragen, Technisches Rat, Forderungen, Buchführung.

durch die Geschäftsstelle des Kreisverbandes für Handwerk und Gewerbe Limburg a. Lahn im Schloss, Fernruf 308

Deutsche Warte

Heimstätten

Bodenwucher

Herabgeber:

Dr. jur. h. c. Adolf Damaschke

Der bekanntlich von Männern und Frauen aller Parteien als Kandidat für die

Reichspräsidentenschaft

aufgestellt ist)

Mt 2.— monatlich

(mit 6 Beilagen wöchentlich)

Verlag der Deutschen Warte,

Berlin NW 6.

Lehrverträge Kreisblatt-Druckerei

zu haben in der